

verbindungen mit über sechzig Ländern und Regionen im Ausland aufgenommen, wobei die CITIC nach innen mit mehr als zwanzig Provinzen zusammenarbeitet.

In einem Interview (BRu 1985, Nr.2, S.29) wies Rong darauf hin, daß die Gesellschaft allein i.J. 1982 in Japan Schuldverschreibungen von 10 Mrd.Yen aufgelegt habe und daß sie sich erneut mit Plänen weiterer Schuldverschreibungen befasse.

Folgende Aktivitäten während der vergangenen fünf Jahre seien besonders hervorzuheben:

- Einwerben ausländischer Geldmittel auf verschiedenen Wegen. Bisher hat die CITIC mit mehr als fünfzig Ländern und ausländischen Finanzorganisationen Kooperationsabkommen abgeschlossen, um Deviseneinlagen anzuziehen.
- Gründung chinesisch-ausländischer Joint Ventures, über die moderne Technologie und Kapital importiert wurde.
- Gemeinsame Investitionen mit interessierten chinesischen Wirtschaftsunternehmen zur Gründung von Leasing-Gesellschaften zwecks Import von Anlagen für die technische Umgestaltung inländischer Unternehmen.
- Einstieg ins Immobiliengeschäft. Im Mai 1985 wird z.B. ein Büro- und Wohngebäude für ausländische Firmen in Beijing fertiggestellt sein. Ein weiteres Gebäude soll 1988 in einem östlichen Vorort Beijings in Betrieb genommen werden.
- Investition von Kapital in die Holzindustrie des Auslands, um auf diese Weise dem dringenden Bedarf Chinas an Nutzholz zu entsprechen. Die erste Schiffsladung wird im Laufe d.J. 1985 in China eintreffen.
- Ausbau des wirtschaftlichen Beratungsdienstes.
- Ende 1984 erhielt die CITIC zusätzlich die Erlaubnis, Bankgeschäfte mit Devisen zu betreiben. -we-

\* (33)

**Währungsgarantien für ausländische Kunden**

Bei Genehmigung durch die Bank of China und Lizenzierung durch die staatliche Devisenkontrollbehörde sind gegenwärtig 23 Finanzinstitutionen in der Volksrepublik zur Gewährung von Garantien in harter Währung an ausländische Unternehmen berechtigt. In diese Kategorie fallen die chinesischen Zweigstellen von Auslands-, Hongkong- und Macau-Banken, z.B. die Niederlassung der Hongkonger Nanyang Commercial Bank in der Wirtschafts-sonderzone Shenzhen oder die

Shanghai-Filialen der Hongkong and Shanghai Banking Corp. (Sitz Hongkong), die Standard Chartered Bank Ltd. (Großbritannien) und die Bank of East Asia (Hongkong). Die übrigen sind chinesische Institutionen, z.B. die Bank of China mit ihren Filialen und die China International Trust and Investment Corp. (CITIC). Inzwischen sind Bestimmungen durch die Volksbank erlassen worden, nach denen sich keine Organisation ohne Genehmigung durch die Volksbank auf dem Gebiet des Geldumlaufs betätigen darf. In diesem Zusammenhang werden z.B. Versicherungs- und Kreditgeschäfte sowie Umtausch und Bezahlung in harter Währung in der Volksrepublik genannt. (NfA, 19.2.1985) -lou-

\*(34)

**Mineralwirtschaft sucht ausländische Beteiligung**

Das chinesische Ministerium für Geologie und Mineralien hat den Beschluß gefaßt, die Zusammenarbeit mit dem Ausland auf dem Gebiet der geologischen Prospektierung und Ausbeutung von Mineralien zu erweitern. Nach Angaben eines Sprechers des Ministeriums erfordere dies die wachsenden Anforderungen der umfassenden wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Die Zusammenarbeit mit ausländischen Gesellschaften wird sich künftig auch auf die Erschließung und Entwicklung von geothermischen und anderen Energiequellen, die Ausbeutung und Weiterverarbeitung von Marmor, Edelsteinen und sonstigen Mineralien sowie die Durchführung von Bohrungen im Ausland erstrecken.

Die Zusammenarbeit mit ausländischen Gesellschaften erstreckte sich 1984 nach Angaben des Ministeriums auf mehr als 300 Projekte, darunter die Suche nach Erdöl und -gas zusammen mit Japan in der Inneren Mongolei, die geologische Erforschung der Himalaya-Region mit Frankreich und die Prospektierung von Niob und Tantal in der Provinz Guangdong mit Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland. Des weiteren hieß es, das Ministerium habe mit ausländischen Firmen mehrere hundert Verträge über die Einfuhr von Technologie und Installationen sowie über die Prospektierung in afrikanischen und asiatischen Ländern unterzeichnet. (XNA, 7.2.85) -lou-

\*(35)

**China zeigt Interesse an Ok Tedi-Mine in Papua-Neuguinea**

Im Oktober 1984 begann hinsichtlich des Erzabbaus (Gold und Kupfererze) des Mount Fubilan am Ok Tedi in Papua-Neuguinea eine Kon-

troverse zwischen dem Konsortium "Ok Tedi Mining Ltd." (OTML) und der Regierung von Papua-Neuguinea. Dem Konsortium OTML gehören die australische "Broken Hill Proprietary Co.", die "Amoco Minerals" mit je 30% sowie die Regierung von Papua-Neuguinea und die bundesdeutsche "Kupferexplorationsgesellschaft-GmbH" mit je 20% an. Die Anteile der Kupferexplorationsgesellschaft-GmbH verteilen sich auf die Metallgesellschaft mit 7,5%, die Degussa mit 7,5% und die DEG mit 5%. Wegen des Verfalls der Metallpreise auf den Weltmärkten war das Konsortium in finanzielle Schwierigkeiten geraten bzw. hatte eine Änderung der Unternehmenspolitik erwogen. Da zwischen der Regierung und dem Unternehmen keine Einigung erzielt wurde, ordnete die Regierung von Papua-Neuguinea für Februar 1985 die unbefristete Stilllegung des Betriebes an.

Anläßlich des Chinabesuches des stellvertretenden Ministerpräsidenten von Papua-Neuguinea zeichnete sich im Februar 1985 eine Lösungsmöglichkeit ab. Li Peng, einer der stellvertretenden Premierminister, bot Papua-Neuguinea an, ein Partnerschaftsunternehmen zur Ausbeutung der Erzlager zu bilden. Bei dem bevorstehenden Besuch des Generalsekretärs der KP Chinas, Hu Yaobang, in Port Moresby wird möglicherweise mehr über dieses Projekt zu erfahren sein. Die Volksrepublik China ist zur Deckung ihres Kupferbedarfes auf Einfuhren angewiesen. Sie bezog von der Firma "Bougainville Copper Ltd." aus Papua-Neuguinea im Jahre 1983 bereits Kupfer im Werte von 36 Mio. US\$. Das chinesische Angebot hat die Verhandlungsposition der Regierung von Papua-Neuguinea gegenüber den übrigen Partnern von OTML zweifellos gestärkt. (AWSJ, 19.2.1985; Financial Times, 18.2.1985; The Times of Papua Neuguinea, 17.2.1985) -lou-

**BINNENWIRTSCHAFT**

\*  
\*  
\* \* \* \* \*

\*(36)

**Zhao Ziyang über die Umorganisation der Landwirtschaft und Preiskontrolle**

In der Nummer 3 der "Roten Fahne" erschien ein Text des Ministerpräsidenten Zhao Ziyang über "Die Lockerung der Preiskontrolle für Farmprodukte, um die Anpassung der Produktionsstruktur in den ländlichen Gebieten zu fördern." Es folgten einzelne wichtige Passagen aus diesem Text:

Während der letzten Jahre ist die Entwicklung der Getreide- und

Baumwollproduktion rapide vorangeschritten. Die hohen Ernteergebnisse bedeuten natürlich nicht, daß der Output extrem hoch war. Wegen des niedrigen Konsumniveaus bedeutet das, daß die gegenwärtigen Bedürfnisse von Staat und Gesellschaft übererfüllt worden sind. Wir haben niemals eine solche Situation vorausgesehen. Wir haben nicht völlig verstanden, daß sich die landwirtschaftliche Struktur verändert hat, daß verschiedene landwirtschaftliche Sektoren sich im Sinne der Zusammenarbeit entwickeln sollten und daß bei der landwirtschaftlichen Produktion die Quantität nach und nach durch Qualität ersetzt werden sollte.

Heute hat die landwirtschaftliche Produktion ein neues Stadium erreicht, das durch die Entwicklung der Warenwirtschaft gekennzeichnet ist. Das bedeutet, daß landwirtschaftliche Güter in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen des Marktes und den sozialen Anforderungen produziert werden sollten. Wenn es augenfällig ist, daß die alte Struktur der landwirtschaftlichen Produktion nicht mit den gegenwärtigen Notwendigkeiten Schritt halten kann, dann müssen wir die Produktion umstrukturieren, um mit der neuen Lage der Warenwirtschaft Schritt zu halten. Im landwirtschaftlichen Sektor gibt es das Problem der Anpassung und koordinierten Entwicklung zwischen verschiedenen Arten von Getreide und technischen Kulturen sowie zwischen dem Sektor der eigentlichen Landwirtschaft auf der einen Seite und der Viehzucht, der Forstwirtschaft und dem Fischereiwesen auf der anderen Seite

... Für die Küstenregionen des Landes ergibt sich eine vielversprechende Zukunft insofern, als die Nahrungsmittelindustrie entwickelt werden kann. In Übereinstimmung mit den Anforderungen des Weltmarktes sollte die Nahrungsmittelindustrie alle Arten von Gütern der verschiedensten Spezifikationen entwickeln, die von Hongkong, Macau und anderen Auslandsmärkten benötigt werden. Als Beispiel ist die Guangming-Milchfarm von Shenzhen zu nennen, die mit ausländischen Geschäftsleuten zusammengearbeitet hat, um die Qualität ihrer Produkte zu verbessern. Innerhalb von drei Jahren hat Guangming einen großen Teil des Milchmarktes in Hongkong übernommen ...

So wie sich die Struktur der ländlichen Produktion verändert, so verändert sich auch die Zusammensetzung der Arbeitskräfte. In Guangdong und dem südlichen Jiangsu, wo die Warenwirtschaft

sich bereits entwickelt hat, sind zwischen 60 und 80% der Arbeitskräfte in die industrielle und Nebenerwerbsproduktion sowie in den Dienstleistungssektor gegangen. Dieser Prozeß ist in den Inlandsgebieten sehr viel langsamer. Um die landwirtschaftliche Produktion umstrukturieren zu können, müssen wir gut informiert sein, unser technisches Know-how verbessern, das Kapital erhöhen und das benötigte Personal ausbilden. Dies ist ein Entwicklungsprozeß, und wir müssen hart daran arbeiten, so daß dieser Prozeß beschleunigt werden kann ... Natürlich bedeutet die Lockerung der Preiskontrollen nicht, daß der Staat nicht an der Marktregulierung teilnimmt. Der Staat wird große Anteile von Getreide, Baumwolle und anderen wichtigen Farmprodukten zu Vorzugspreisen ankaufen. Der Staat wird 75-80 Mio.t Getreide zu einem Preis aufkaufen, der auf dem "umgekehrten Verhältnis von 30% und 70%" beruht. 30% des Getreides werden zu ursprünglichen staatlichen Ankaufspreisen aufgekauft, während 70% zu dem für das Überschußgetreide festgesetzten Preis gekauft werden. Das verbleibende Überschußgetreide wird zu einem Marktpreis verkauft und unterliegt natürlich den Fluktuationen des Marktes. Wenn jedoch die Marktpreise unter die staatlichen Ankaufspreise fallen, so wird der Staat einschreiten und jeden Überschuß zu staatlichen Preis aufkaufen. Der Staat wird jede verfügbare Menge aufkaufen. Auf diese Weise entsteht ein Preis, der die Bauern schützt. Die Bauern sind "an beiden Enden geschützt" ...

Wird es Ärger geben, nachdem die Preiskontrollen gelockert worden sind? Wird eine solche Lockerung die Begeisterung der Bauern beeinträchtigen? Es gilt als sicher, daß die Bauern Gewinne machen werden, nachdem die Preiskontrolle über Schweine, Gemüse und andere verderblichen Waren gelockert worden ist, und daß ihre Begeisterung beträchtlich zunehmen wird. Mehr Besorgnis gibt es hinsichtlich des Getreides. Ich glaube nicht, daß dies sehr beeinträchtigt wird, weil der Staat bereits 75-80 Mio.t Getreide zu Vorzugspreisen gekauft hat. Diese Menge macht einen großen Anteil des Marktgetreides aus, und diese Politik wird noch für eine lange Zeit unverändert weitergeführt werden. So wird nur die verbleibende geringe Menge von 5 Mio.t der Marktregulierung unterliegen ... Es sollte nach der Praxis "Pläne sollen drei Jahre im voraus bekanntgemacht werden" verfahren werden, um die Regelungen rechtzeitig bekanntzumachen. Verschiedene Provinzen und Bezirke können auch wirtschaftlichverträge über Weizen abschließen. Auf

diese Weise können sie ihre eigene dominierende Position voll ins Spiel bringen, die Anbaustruktur verändern, die Produktpalette variieren ... Natürlich wird der Staat sein Äußerstes tun, um bei der Umstrukturierung der Landwirtschaft zu helfen. Einige in diese Richtung gehende Regelungen sind bereits in den Staatsplan für 1985 aufgenommen worden. Dennoch erfordert es unsere gemeinsamen Anstrengungen, die landwirtschaftliche Struktur rationaler zu gestalten und eine neue Situation der Entwicklung der ländlichen Warenwirtschaft herbeizuführen. Man darf sich nicht darauf verlassen, daß der Staat alles finanziert. Die Hilfe für die ländlichen Gebiete ist nicht nur eine finanzielle Frage. Letztendlich handelt es sich um das Problem, Geld in die Umlaufsphäre zu bringen. Da dies eine Angelegenheit ist, die unsere Volkswirtschaft insgesamt betrifft, ist es sehr wichtig, sie in ihrer Ganzheit zu durchdenken. Die Situation ist auch von Ort zu Ort verschieden, so daß unterschiedliche Maßnahmen für unterschiedliche Orte getroffen werden müssen.

So gibt es z.B. in den Gegenden des südlichen Jiangsu und des Deltas des Perflusses Subventionen von 0,1 Yuan pro kg Getreide ... Einige bergige und halbergige Gegenden sind für den Getreideanbau nicht geeignet. In diesen Gebieten sollte nicht länger Getreideanbau durchgeführt werden, sondern es sollte eine Rückkehr zur Nutzung des Landes als Wald und Weide stattfinden. In diesen Gebieten sollten Gras und Bäume angepflanzt werden. Wenn man dies tut, dann müssen die Leute in diesen Gegenden natürlich eine gewisse Zeit lang warten, bevor sie Erträge erzielen können. Hier muß das Problem des notwendigen Geldes für den Ankauf von Getreide auf anderen Gebieten gelöst werden. Der Staat hat entschieden, diese Gebiete mit gewissen Quantitäten an Getreide, Baumwolltuch und Sprengmitteln zu beliefern und Maßnahmen zu ergreifen, Arbeit als eine Art Ersatz zur Verfügung zu stellen, beispielsweise Massenarbeit zum Bau von Autobahnen. Des weiteren hat der Staat entschieden, diesen bergigen und hügeligen Gegenden 10-15 Mio.t Getreide auf Kreditbasis zur Verfügung zu stellen, um sie für einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren zu unterstützen. Das Getreide kann dann zurückgegeben werden, wenn sich diese Gebiete wirtschaftlich erholt haben. (Hongqi, Nr.3, 1985, zit. nach SWB, 2.2.85) -lou-

\*(37)

**Volkszeitung warnt vor zu hohen Einkommenserwartungen**

In dem Artikel eines Kommentators in der Volkszeitung vom 22. Februar 1985 wird die folgende Frage gestellt: Was ist der Zweck der Reform der Wirtschaftsstruktur? Der Zweck ist, die Produktivkräfte zu entwickeln, den Staat mächtig werden zu lassen und die Menschen reich. Dies erfordert von jedem große Anstrengungen. Es ist nicht möglich, "durch nur einen Happen Fett anzusetzen" und daß jeder eines Morgens als Mitglied eines 10.000-Yuan-Haushalts aufwacht.

Die jüngsten Informationen über die großen Erfolge der ländlichen Reformen sind absolut korrekt. Dennoch hat die überbordende Propaganda über 10.000-Yuan-Haushalte in den ländlichen Gebieten den Bewohnern städtischer Gebiete wohl die falsche Vorstellung gegeben, daß als Ergebnis der ländlichen Reformen alle Bauern reich geworden seien und die meisten von ihnen Mitglieder von 10.000-Yuan-Haushalten geworden seien. Die Einwohner städtischer Gebiete ziehen nun den Schluß, daß mit der nun begonnenen Reform in den städtischen Gebieten auch die Angestellten und Arbeiter Mitglieder von 10.000-Yuan-Haushalten würden. Viele Menschen vergleichen ihre Löhne mit den ländlichen 10.000-Yuan-Haushalten und mit gewissen privaten Unternehmern in städtischen Gebieten, die hohe Einkommen erzielen. Je weiter diese Vergleiche gezogen werden, desto eher stellt sich bei diesen Menschen die Erkenntnis ein, daß ihr eigenes Einkommen gering ist, und desto mehr hoffen sie, schnell ein hohes Einkommen zu erzielen, und zwar im Zuge der jetzt begonnenen Reformen.

Solche Vorstellungen sind nicht realistisch, da China ein großes Land mit einer unzulänglich entwickelten Basis ist. Um mit dem Lebensstandard und der Arbeitsproduktivität der wirtschaftlich fortgeschrittenen Länder schritthalten zu können, müssen mehrere Jahrzehnte lang oder länger große Anstrengungen unternommen werden.

Wir sind der Meinung, so heißt es in dem Artikel des Kommentators weiter, daß das Konsumniveau der Menschen mit der Arbeitsproduktivität übereinstimmen muß. Gegenwärtig sind die wirtschaftlichen Erfolge vieler Betriebe nicht gut genug, und ihre Arbeitsproduktivität ist nicht hoch genug. Wenn hohe Löhne und Boni, die das Niveau der Produktionsentwicklung überschreiten, ausbezahlt werden, dann können die Menschen eine Zeit lang reich werden, doch die Folgen werden sein, daß die Kontrolle über

die Konsumfonds verlorengeht, daß es zu Knappheitserscheinungen auf den Märkten und zu Preisfluktuationen kommt. Diejenigen, die zu "Leuten mit hohem Einkommen" geworden sind, würden durch "hohe Preise" wieder beeinträchtigt sein. Hinzu kommt, daß die Schwierigkeiten für zukünftige Reformmaßnahmen und die Wirtschaftsentwicklung vergrößert werden. (RMRB, 22.2.85) -lou-

\*(38)

**Parteimitglieder dürfen Wirtschaftsreform nicht behindern**

Die Volkszeitung vom 14. Februar 1985 berichtet, daß gewisse "unge-sunde Tendenzen" die laufende Wirtschaftsreform behindern, die sich seit Oktober 1984 auch auf die städtischen Gebiete, d.h. die Industrewirtschaft, bezieht. Un-gesunde Tendenzen, so die Zeitung, sind u.a. Spekulationen durch Kader von Regierungen und Kommunistischer Partei, unbegründete Preiserhöhungen durch die Handelsabteilungen, das Verteilen unverdienter Boni und die Tatsache, daß öffentliche Gelder für Bankette und Geschenke ausgegeben werden. Alle diese Tendenzen behindern die Wirtschaftsreform und schädigen die staatlichen Pläne und den normalen Geschäftsablauf schwer. Falls man diesen Tendenzen freien Lauf ließe, so könnten sie die geplanten Reformen behindern oder sogar unmöglich machen. Die Übeltäter sollten, so die Zeitung, entsprechend den Gesetzen oder der Parteidisziplin bestraft werden.

Die Parteausrichtungsbewegung ist nun in ihrem zweiten Stadium, sie umfaßt die Präfektur und Kreisorganisationen, deren 13,5 Mio. Mitglieder ca. ein Drittel der gesamten Parteimitglieder ausmachen. (XNA, 15.2.85) -lou-

\*(39)

**Belegung der großen Betriebe gefordert**

Auf einer Konferenz, die am 5. Februar 1985 in Tianjin begann, sprach Lu Dong, zuständig für die zentrale Wirtschaftskommission, auch über die Belegung der Betriebe.

Nach den Statistiken gebe es 5837 große und mittelgroße Betriebe mit eigener Rechnungsführung. Obgleich dies nur weniger als 2% der Gesamtanzahl der Betriebe im Lande sind, beträgt ihr Anlagevermögen 66%, ihr Bruttoproduktionswert 47% und die von ihnen gezahlten Steuern bzw. abgeführten Gewinne 66% der jeweiligen nationalen Gesamtbeträge. Diese Zahlen zeigten, so Lu Dong, daß diese großen und mittelgroßen Betriebe eine wichtige Quelle der Finanzeinnahmen des Staates und die wichtigste Kraft

zur Entwicklung der sozialen Produktivkräfte und des wirtschaftlichen und technologischen Fortschrittes seien. Während der letzten Jahre hätten diese Betriebe eine sehr wichtige Rolle bei der Stabilisierung der Wirtschaft gespielt, indem sie den Aufbau von Schlüsselprojekten sichergestellt und die wirtschaftliche Strukturreform auf dem Lande und in der Stadt unterstützt hätten. Deshalb sollte die Gelegenheit ergriffen werden, die großen und mittelgroßen Betriebe zu beleben, andernfalls würde man nicht in der Lage sein, ein lebensfähiges sozialistisches Wirtschaftssystem mit spezifischen chinesischen Eigenschaften aufzubauen.

Obgleich die verschiedenen Gebiete und Abteilungen unterschiedliche Ergebnisse bei der Durchführung der entsprechenden Vorschriften des Zentralkomitees der Partei und des Staatsrates zur Belegung der großen und mittelgroßen Betriebe erreicht hätten, zeigten Untersuchungen, daß nur 15% dieser Betriebe insgesamt einen relativ guten Fortschritt bei der Belegung gemacht hätten. Circa 65% hätten zwar Veränderungen in Gang gesetzt, jedoch ohne merkbare Ergebnisse. Circa 20% der Betriebe seien in einer schwierigen Lage; sie hätten überhaupt keinen Fortschritt gemacht.

Lu Dong erklärte, daß es zwei Probleme bei der Belegung der Betriebe gebe. Zum einen hätten die mit wirtschaftlichen Aufgaben befaßten Abteilungen es versäumt, die ihnen vom Staat übergebene Macht an die Betriebe zu delegieren oder sie hätten einen Teil dieser Macht in ihren eigenen Händen behalten. Einige Abteilungen hätten nicht ihren Arbeitsschwerpunkt dahin verschieben können, den Betrieben zu Diensten zu sein, weil sie immer noch die Betriebe als Anhängsel betrachteten und den Wunsch hätten, daß die Betriebe den Bedürfnissen der Abteilungen dienstbar sein sollten. Auf der anderen Seite hätten die Betriebe selbst es versäumt, die richtigen Veränderungen in ihrer Leitideologie vorzunehmen. Es sei ihnen nicht gelungen, sich selbst aus der langen Bindung an festgefahrene Vorstellungen und alte Modelle zu befreien. Sie hätten auch keinen Erfolg damit gehabt, sich von rein produktionsbezogenen Betrieben zu absatzorientierten Betrieben zu wandeln.

Lu Dong fügte hinzu, daß den circa 5.000 größeren staatlichen Betrieben größere Verwaltungsautonomie zugestanden werde. In diesem Jahre sollten mehr Schlüsselbetriebe größere Rechte im Außenhandel erhalten. Diese Betriebe könnten di-

rekt mit ausländischen Firmen verhandeln und Verträge abschließen, und zwar über Technologieimporte, Joint Ventures, Koproduktion und Kompensationshandel. Sie könnten außerdem Einrichtungen, Instrumente, Ersatzteile und Instandhaltungseinrichtungen importieren.

Exportorientierte Betriebe können ihre eigenen Rohmaterialien importieren und ihre Fertigprodukte exportieren; mit Genehmigung übergeordneter Stellen können sie sogar Verkaufsbüros im Ausland eröffnen. Die Betriebe können die industriellen und Verwaltungsgrenzen überschreiten, indem sie anderswo, und zwar auch im Dienstleistungssektor, tätig werden. Lu betonte noch einmal die erste Priorität, Energie und Rohmaterialien durch das Verantwortlichkeitssystem einzusparen. Betriebe könnten jetzt ihre eigenen Handelszentren aufbauen, um die über die staatlichen Quoten hinaus produzierten Güter zu verkaufen und konkurrenzfähige Produkte entsprechend der Nachfrage entwickeln zu können. (Xinhua, 6.2.85, und XNA, 6.2.85, zit. nach SWB, 13.2.85) -lou-

\*(40)

#### Mehr Fondsmittel für Betriebe

Nach Aussagen des Sprechers des Finanzministeriums sollen die chinesischen Betriebe in diesem Jahr Mehr Fondsmittel zur Verfügung haben. Auf einer nationalen Wirtschaftskonferenz in Tianjin kündigte das Ministerium drei Maßnahmen an, um die Erneuerungen der Ausrüstungen zu erleichtern und den technologischen Fortschritt in einigen Schlüsselunternehmen zu fördern.

(1) Die Abschreibungssätze des Anlagevermögens sollen für einige Schlüsselbetriebe in diesem Jahr heraufgesetzt werden. Die gegenwärtige Rate von 4,3% sei so niedrig, daß es schwierig sei, die Ausrüstungen zu erneuern und die technologischen Standards zu verbessern. Die Abschreibungsrate wird wegen der begrenzten finanziellen Kapazitäten des Staates nach und nach angehoben.

(2) Den Unternehmen wird gestattet, in die Produktionskosten jene Ausgaben aufzunehmen, die für Tests neuer Instrumente und Schlüsselausrüstungen verwendet worden sind. Die Höhe dieser Kosten beträgt 50.000 Yuan für jene Projekte, die benötigt werden, um neue Produkte zu entwickeln oder die Produktqualität zu verbessern.

(3) Die regulären Steuern für einige fortgeschrittene Betriebe werden ermäßigt; das Ziel ist, daß diese Betriebe höhere Gewinne einbehalten können. (XNA, 8.2.85, zit. nach SWB, 16.2.85) -lou-

\*(41)

#### Bestandsgarantie für private Unternehmen

Ministerpräsident Zhao Ziyang erklärte am 12. Februar 1985 anlässlich des Treffens mit A. Leysen, dem Präsidenten des belgischen Industrieverbandes, daß die Regierung die Privatunternehmen und anderes Eigentum im privaten Sektor nicht renationalisieren würde. Zhao sagte, staatliches und kollektives Eigentum bildeten die Hauptformen in der chinesischen Wirtschaft, während Privatunternehmen einen kapitalistischen Faktor in einem sozialistischen Land darstellten. Die Entwicklung von Privatunternehmen bis zu einem gewissen Ausmaß sei nützlich für die Entwicklung der chinesischen Volkswirtschaft. Dennoch würden die Privatunternehmen, sogar dann, wenn sie entwickelt seien, immer noch einen begrenzten Umfang einnehmen, wenn man sie mit den staatseigenen Betrieben vergliche. Er fügte hinzu, die Privatbetriebe könnten nicht die Wirtschaft des Landes kontrollieren oder deren Wesen verändern. Die Entwicklung der Privatbetriebe würde durch Besteuerung begrenzt werden.

Zhao sprach auch über die Herausbildung von kleinen ländlichen Städten in China. Im Zuge der Entwicklung von Industrie und Technologie würde sich eine große Anzahl von Menschen in kleinen Städten niederlassen müssen. Die ländlichen Betriebe, obwohl sie bis jetzt noch nicht entwickelt seien, seien in einem Prozeß der Umformung. Nach und nach würden sie moderne Technologie einführen und später, wenn sie entwickelt seien, würden sie auch mehr Beschäftigungsmöglichkeiten bereitstellen können.

Zhao teilte mit, daß in den vergangenen drei Jahren sich die landwirtschaftliche Bevölkerung in vielen Orten im Delta des Yangzi von 70% auf 20% der Gesamtbevölkerung verringert habe. Die Menschen, die den landwirtschaftlichen Sektor verlassen hätten, wären in die Industrie, in den Handel, in das Transportwesen oder den Dienstleistungssektor gegangen. Diese Entwicklung sei auch charakteristisch für das Delta des Perlfusses. Obgleich der Wandel in den Hinterlandregionen noch nicht so offensichtlich sei wie in den Küstengebieten, seien solche Trends klar sichtbar. Laut Zhao werde China die industrielle Technologie in Phasen entwickeln; es sei unmöglich, die moderne Technologie in jeden Teil des Landes gleichzeitig zu bringen. In den Küstengebieten werde die moderne Technologie dazu dienen, neue Industrien zu entwickeln, während die traditionellen Industrien um-

geformt würden. Die Inlandprovinzen würden sich hauptsächlich damit beschäftigen, die traditionellen Industrien umzuformen. (XNA, 13.2.85) -lou-

\*(42)

#### Sondergeldscheine für die Provinz Guangdong

Die Volksbank hat die Einführung von Sondergeldscheinen für die Provinz Guangdong genehmigt. Die als Barschecks für Verrechnungskonten bezeichneten Geldscheine haben Nennwerte von 50 und 100 Yuan; sie sind nur für die Provinz Guangdong gültig. Die Volksbank begründet diesen Schritt mit dem überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum in dieser Region, das die Umsetzung größerer Geldbeträge erfordere. Der höchste in Umlauf befindliche Nennwert des Renminbi beträgt 10 Yuan. (AWSJ, 8.2.85) -lou-

\*(43)

#### Über den sozialistischen Aktienmarkt

Im Heft Nr.12, 1984, der Zeitschrift Jingji Yanjiu diskutiert ein Autor die Unterschiede zwischen sozialistischen und kapitalistischen Aktien (Yan Simao, "Shehui zhuyi gufen gongsi chufan", S.33-36). Zum einen gebe es, so der Autor, kapitalistische Aktiengesellschaften. Sie stellen eine Organisationsform des sozialen Kapitals dar. Weil sie auf dem kapitalistischen Privateigentum beruhen, existieren sie im Bereich der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Es gebe jedoch sozialistische Aktiengesellschaften, die unterschiedliche Charakteristika hätten. Sie basieren auf dem öffentlichen Eigentum an den Produktionsmitteln. Im Falle dieser Gesellschaften ist - mit Marx - das Eigentum nicht länger Privateigentum von unverbundenen Produzenten, sondern es wird zum Eigentum der Produzenten, die vereinigt sind. Auch die Aktienanteile der Volksrepublik in den Joint Ventures stellen sozialistisches öffentliches Eigentum dar. Im Falle von staatlichen Unternehmen, die geringe Mengen von Aktien an die Arbeiter und Angestellten ausgeben, wird das Kriterium des öffentlichen Eigentums nicht verändert, weil die ausgegebenen Aktien nur einen kleinen Prozentsatz der Kapitalfonds des Unternehmens darstellen und weil die Dividende nur geringfügig höher sei als die Zinssätze auf Bankeinlagen.

In einem sozialistischen Land solle die Spekulation mit Aktien niemals erlaubt sein. Dennoch dürfe der Transfer von Aktien nicht verboten werden. Es sei eine wichtige Aufgabe, durch das Experiment zu

erforschen, welche Gesetze und Charakteristiken für die Bewegung von Aktien unter sozialistischen Bedingungen gelten. Es sollten auch praktikable und wirkungsvolle Richtlinien für die Unternehmen formuliert werden, so daß sich diese in Übereinstimmung mit den Erfordernissen der vier Modernisierungen befänden. Hinsichtlich der Dividenden wird davon gesprochen, daß diese eine Form des materiellen Anreizes seien, den Unternehmen Mittel zur Verfügung zu stellen. Diese Dividenden ähnelten den Zinssätzen für Bankeinlagen oder den von den Versorgungs- und Vermarktungskoopertiven gezahlten Dividenden.

Wie ein Sprecher des Finanzministeriums mitteilte, könne in Shanghai in den nächsten zwei Jahren ein Aktienmarkt eröffnet werden. Mitte Januar waren in Shanghai bereits die Aktien der Yanzhong Industrial Corp. in Höhe von 5 Mio. Yuan an einem Tage verkauft worden. Allerdings waren nur 90.000 Yuan für Private bestimmt, die restliche Summe war reserviert für Kollektive bzw. andere Unternehmen unter staatlicher Kontrolle. Die Aktien im Nennwert von 50 Yuan haben noch keinen Kurs und können zum Nennwert nur an die Yanzhong oder die Bank of China verkauft werden. Die Attraktivität der Aktien ist durch die Dividende gegeben, die zunächst 13% pro Jahr betragen wird, das ist etwa das Doppelte der Bankzinsen in Höhe von 5,76%. Eine Zusatzdividende von 2% ist für eine Jahreslotterie bestimmt, in der die Aktionäre die Chance haben, Farbfernsehergeräte, Kassettenrekorder und Kameras zu gewinnen. Zweck dieser Aktienverkäufe, die auch im Kreis Foshan getätigt wurden, ist es, Sparguthaben zu produktiven Zwecken in die Betriebe umzudirigieren. (IHT, 13.2.85) -lou-

\* (44)

#### Schnelles Wachstum der Leichtindustrie

Nach Angaben des Ministerium für die Leichtindustrie war das Jahr 1984 das Jahr mit dem schnellsten Wachstum in der Industrie in den letzten vier Jahren. Der Bruttoproduktionswert erreichte 132,2 Mrd. Yuan, das waren 11,3% mehr als im Jahre 1983. Dennoch konnte die Produktion von dauerhaften Konsumgütern nicht die Nachfrage befriedigen. Nach den Statistiken stieg die Produktion von Kühlschränken um 280%, von Waschmaschinen um 44% und von Ventilatoren um 93,2%. Die Produktion von Bier, Möbeln, Waschmitteln, Papier und Spielzeugen stieg zwischen 11,9% bis 42,4% an.

In den letzten sechs Jahren inve-

stierte die Volksrepublik 12 Mrd. Yuan in den Bau von mehr als 150 großen und mittelgroßen Leichtindustrieprojekten, wovon 45 im Jahre 1984 vollendet wurden. U.a. wurden folgende Produktionskapazitäten neu hinzugefügt: 450.000 t Papier, 1,46 Mio. t raffinierter Zucker, 1,7 Mio. t Salz, 9,4 Mio. t Leder, 50.000 t Waschmittel, 130.000 t Plastikprodukte, 160.000 t Glas und 4.000 t Maschinen und Ausrüstungen für die Leichtindustrie. (XNA, 6.2.85) -lou-

\* (45)

#### Chaos auf der Schnellstraße Guangzhou-Shantou

Nach dem Bericht der Zeitung "Nanfeng Ribao" müssen die Verkehrskontrollbedingungen auf der Schnellstraße zwischen Guangzhou und Shantou als vollkommen chaotisch bezeichnet werden. Viele Abteilungen haben Kontrollstationen mit unterschiedlichen Bezeichnungen errichtet, um die Fahrzeuge zu inspizieren und wahllos Gebühren zu erheben. Abgesehen von der Gefährdung der Verkehrssicherheit hat diese Situation auch einen sehr schlechten politischen Einfluß. Nach unvollständigen Statistiken sind unter den Abteilungen, die Kontrollstationen entlang der Straße besetzen, die folgenden: Verkehrskontrolle, Lizenzkontrolle, Verkehrsüberwachung, Fahren, Transportsinspektion, Verkehrssicherheitskomitees, öffentliche Sicherheit, Verwaltung für Industrie und Handel, Steuern, Farmaschinen, Bauholz, Zuckerrohr, öffentliche Gesundheit sowie Pflanzenschutz. Andere Inspektionsgruppen zeigen Schilder der geistigen Zivilisation, Säuberung der sozialen Ordnung, der Fünf Gebote und der Vier Tugenden. An der weniger als 500 km langen Straße gibt es über 60 Kontrollpunkte. Es dauert zwischen 10 Minuten und mehr als 1 Stunde, um ein Fahrzeug zu inspizieren. Die Höhe der Gebühren ist unterschiedlich, jede Abteilung setzt ihre Gebühr fest. In manchen Fällen werden keine Quittungen ausgestellt oder nur schwarze Stücke Papier ausgehändigt. Die Benutzer der Straße haben gefordert, daß die entsprechenden Abteilungen effektive Maßnahmen unternehmen, um diese illegalen Aktivitäten zu verbieten. (Radio Guangzhou, 10.2.85, zit. nach SWB, 14.2.85) -lou-

\* (46)

#### Tibet: Geringe wirtschaftliche Wirkungen der Subventionen

Wie die Shanghaier Zeitschrift Shijie Jingji Daobao am 21.1.1985 berichtete, sind der Autonomen Region Tibet im Zeitraum zwischen 1952 und 1983 insgesamt 7,5 Mrd. Yuan an staatlichen Subventionen

zugeflossen. Die Zeitschrift fragt, wie sich Tibets Wirtschaft angesichts dieser großen Subventionen entwickelt habe. Die Antwort sei negativ. Tibets gesamte Wirtschaft sei zurückgegangen und mehr und mehr von staatlichen Subventionen abhängig. Die Statistiken zeigten, daß der Zuwachs an Tibets Bruttoproduktionswert von Industrie und Landwirtschaft vollständig den staatlichen Subventionen zuschreiben sei. In den letzten 30 Jahren sei der gesamte Bruttoproduktionswert von Industrie und Landwirtschaft vervierfacht worden, doch die staatlichen Subventionen seien 65mal gestiegen. Der Zuwachs von 1 Yuan Bruttoproduktionswert benötige einen Zuwachs von 1,21 Yuan an staatlichen Subventionen. Der durchschnittliche jährliche Zuwachs des Bruttoproduktionswertes habe 5,45% betragen, während der durchschnittliche jährliche Zuwachs der staatlichen Subventionen sich auf nahezu 15% belief. Wenn Tibet den gesamten Bruttoproduktionswert von Industrie und Landwirtschaft in den nächsten 14 Jahren verdoppeln wolle (Basisjahr 1981), dann müßte der Staat Subventionen in Höhe von 4,5 Mrd. Yuan auswerfen. Die Ursache für den wirtschaftlichen Rückgang in Tibet sei nicht in mangelnden staatlichen Subventionen zu suchen, sondern in der Tatsache, daß das staatliche Geld nicht dazu genutzt worden ist, die Warenwirtschaft in Tibet zu vitalisieren. Die gegenwärtige Reform des Wirtschaftssystems in Tibet liefere die Vorwände, mehr staatliche Subventionen zu fordern.

Tibets wirtschaftliches System habe zwei besondere Charakteristika. Zunächst einmal würden die staatlichen Gelder dazu benutzt, die Güter für den Staatsapparat zu kaufen. Im Jahre 1983 verwandte Tibet 72% der staatlichen Subventionen, um Güter aus anderen Teilen des Landes zu kaufen. Diese Güter machten 96% der gesamten Menge der Einzelhandelsgüter in Tibet aus. Dies zeige, daß das staatliche Geld nicht dazu genutzt wurde, um die lokale Warenproduktion zu entwickeln. Das zweite Charakteristikum der tibetischen Wirtschaft bezieht sich darauf, daß Tibet keine wirtschaftliche Basis hat, sondern einen komplizierten "Überbau". Die staatlichen Gelder und Güter würden in diesen Überbau geleitet und erbrächten keine Gewinne. In den drei Jahrzehnten zwischen den frühen 1950er und den frühen 1980er Jahren mußten in Tibet die Verwaltungsfonds um das 10fache erhöht werden, um den Überbau am Leben zu erhalten. So erforderte beispielsweise der Import im Werte von 1 Yuan die Zahlung von 1,33 Yuan als Verwaltungsgebühren. Pro 1 Yuan Brutto-

produktionswert mußten Verwaltungsgebühren in Höhe von 0,54 Yuan bezahlt werden. Die Verwaltungsfonds machten 54% des industriellen Bruttoproduktionswertes aus.

Die von der Shanghaier Zeitschrift genannten Zahlen besagen wohl folgendes: Fast die gesamten Subventionen, die die Zentrale in Beijing an Tibet vergibt, werden für militärische und Infrastrukturzwecke verbraucht sowie für die Unterhaltung der Han-Kader. In diesem Sinne ist unter "Überbau" die militär-strategische Infrastruktur und das Verwaltungswesen zu verstehen. Der eigentlichen Entwicklung der tibetischen Wirtschaft kämen demnach keine oder nur geringe Mittel der Zentrale zugute.

Die guten Ergebnisse, die in der Landwirtschaft erzielt wurden, sind wohl vor allen Dingen auf die neuen Systeme der Produktionsverantwortlichkeit bzw. die Privatisierung der Landwirtschaft zurückzuführen.

Wie der erste Parteisekretär von Tibet, Yin Fatang, mitteilte, betrug das durchschnittliche jährliche Pro-Kopf-Einkommen auf dem Lande in Tibet im Jahre 1984 mehr als 300 Yuan, das war zweimal soviel wie im Jahr 1979. 1984 hätten mindestens 2.000 ländliche Haushalte mehr als 10.000 Yuan verdient. (Zum Vergleich: Das jährliche verfügbare Pro-Kopf-Einkommen der Bauern im nationalen Durchschnitt betrug im Jahre 1983 nach offiziellen Angaben 309,77 Yuan.) (Shijie Jingji Daobao, 21.1.1985, zit. nach SWB, 16.2.1985; XNA, 11.2.85) -lou-

**\*(47) Volkszeitung ruft zur korrekten Berichterstattung auf**

Die Volkszeitung nimmt einen Bericht aus dem Kreis Liaoyang zum Anlaß, die Kader zur korrekten Berichterstattung anzuhalten. In Liaoyang war die Anzahl der sogenannten "Zwei Haushalte" (liang hu) im Jahre 1984 gegenüber dem Vorjahr um nur 0,2% angestiegen, doch die an die höheren Ebenen übermittelten Berichte sprachen von 2,7%. Als der Sekretär des Parteikomitees dies entdeckte, kritisierte er wie folgt: Hier wurde ein falscher Bericht erstattet, und es gibt eine Tendenz in Richtung auf Übertreibung, die schnell beseitigt werden sollte. Irgendjemand hatte angedeutet, daß, falls der wirkliche Anstieg berichtet werde, die positiven Ergebnisse der Arbeit des neuen Führungsteams, das ein ganzes Jahr lang geschuftet hatte, als zu gering erscheinen würden. Im Früh-

jahr des Jahres 1984 hatte das neue Parteikomitee des Kreises Liaoyang, das nur drei Monate im Amt war, sein erstes Ziel nicht erreicht, weil der industrielle Produktionswert für das erste Quartal nicht dem Planziel entsprach. Falls dies korrekt berichtet worden wäre, wäre der Kreis Liaoyang an die letzte Stelle unter den verschiedenen Kreisen und Distrikten gerutscht, die der Verwaltung der Stadt Liaoyang unterstehen. Einige Menschen hatten angeregt, daß dieser "schlechte Start" des neuen Parteikomitees bei den Behörden der höheren Ebene einen schlechten Eindruck machen würde. Daher sei es besser, die Zahlen anzuheben, so daß ein "guter Anfang" berichtet werden könnte.

In einem Kommentar der Volkszeitung wurde zu diesem Fall Stellung genommen. Einige Menschen, so heißt es dort, führen die falschen Zahlen auf mangelnde Sorgfalt zurück. Es sei jedoch merkwürdig, daß diese mangelnde Sorgfalt sich meistens so darstellt, daß positive Resultate übertrieben und negative Resultate verharmlost werden; das Gegenteil ist kaum zu finden. Daher sei das Hauptproblem nicht mangelnde Sorgfalt. Es gebe eine gewisse Anzahl von Kadern, die geschult darin sei, die Worte und Ausdrücke anderer einzuschätzen und die eine gute Kenntnis der "Psychologie der Leitenden" oder der "Psychologie der Bürokraten" hätten. Falls die Leitenden Berichte über Leistungen vorzögen und Berichte über schlechte Nachrichten nicht wünschten, dann fügten die Kader positive Elemente in ihre Berichte ein und ließen Probleme aus. Der Kommentator ruft dann dazu auf, die Wahrheit zu berichten und keine verfälschenden Elemente in die Berichte einzubauen. (RMRB, 12.2.85) -lou-

**TAIWAN**

\*  
\*  
\* \* \* \* \*

**\*(48) Die Partei steht über dem Staat**

In einer schriftlichen Antwort auf eine kleine Anfrage des parteilosen Oppositionsabgeordneten Zheng Yuzhen sagte das Exekutiv Yuan (Kabinett), daß die Regierungspartei Guomintang (Kuomintang) als eine revolutionäre und demokratische Partei durch eine Revolution die Republik China gegründet habe. Sie sei vor dem Staat geboren und unterscheide sich daher von den Parteien in europäischen und amerikanischen Staaten. Nicht nur für die Guomintang, sondern auch für die zwei mit ihr verbündeten kleinen Parteien Minshedang (China Demo-

cratic and Socialist Party) und Qingniandang (Young China Party), die sich an der Verfassungsgebung beteiligt hätten, so die Antwort, bestehe keine Notwendigkeit behördlicher Registrierung. Ihr Bestehen und ihre Aktivitäten stützten sich auf "den Konsens der Bürger". Dagegen müßten gegenwärtig aufgrund der "außerordentlichen Lage" alle neuen zivilen Körperschaften vor ihrer Gründung gemäß den Bestimmungen über die Gründung ziviler Körperschaften in der außerordentlichen Periode eine Genehmigung bei den Behörden beantragen. Die Guomintang-Regierung hat die Gründung einer oppositionellen Partei stets und strikt abgelehnt. Mehrmals wurden Regierungsgegner beim Versuch zur Bildung einer Partei von der Regierung unter der Beschuldigung Rebellion verhaftet und vom Militärgericht zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Nachdem kürzlich die oppositionellen Abgeordneten im Staatsparlament nach dem Modell der Regierungspartei ein gemeinsames Bedienungsbüro für die Bevölkerung im Kreis Taoyuan eingerichtet hatten, wurde es von der Regierung für eine illegale Organisation erklärt, und die Sicherheitsbehörde beseitigte gewaltsam das Namensschild an der Haustür. In diesem Zusammenhang erkundigte sich der genannte parteilose Oppositionsabgeordnete in seiner Anfrage auch nach der Legalität der Regierungspartei.

Das Verbot der Gründung neuer politischer Parteien haben verschiedene Regierungspolitiker in der Vergangenheit vor dem Parlament wie in der Öffentlichkeit auch damit begründet, daß es in Taiwan bereits drei Parteien gebe, denen jeder beitreten oder sich auch ohne Parteizugehörigkeit an der Politik, wie z.B. durch Wahlen, beteiligen könne. Zu viele Parteien könnten nur zu politischen Unruhen führen. -ni-

**\*(49) Überraschender Wechsel im Amt des Generalsekretärs der Guomintang**

Am 6. Februar ist Jiang Yanshi (Tsiang Yien-si) von seinem Amt als Generalsekretär des ZK der Regierungspartei Guomintang (Kuomintang) zurückgetreten. Dies hat nicht nur die Öffentlichkeit überrascht, sondern es kam auch für die Parteimitglieder unerwartet (LHB, 7.2.85). Laut Art. 4 der Organisationsbestimmungen des ZK der Guomintang wird der Generalsekretär des ZK auf Vorschlag des Parteivorsitzenden vom ZK ernannt. Nach den Anweisungen des Parteivorsitzenden und den Beschlüssen des ZK führt er alle Angelegenheiten durch und koordiniert sowie kontrolliert die Tätigkeiten der